

Primark, KiK und Co.

Bangladeschs Textilindustrie ist sicherer geworden, doch es drohen Rückschritte.

Vor drei Jahren, am 24. März 2013, stürzte das Fabrikgebäude Rana Plaza in Bangladesch ein. Mehr als 1 130 Menschen starben und mindestens doppelt so viele Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. In dem Fabrikgebäude ließen vor allem europäische und US-amerikanische Unternehmen ihre Kleidung produzieren. Diese Tragödie war nicht die erste; ihr gingen andere Katastrophen voraus, wie etwa der Brand in der Tazreen-Textilfabrik mit über 100 Toten. Jedoch führte der Fabrikeinsturz von Rana Plaza erstmalig zu einem globalen Aufschrei und stieß eine längst überfällige internationale Debatte über unmenschliche Arbeitsbedingungen, Ausbeutung und Verantwortlichkeiten an. Drei Jahre nach der Katastrophe sind erste Erfolge, aber auch Grenzen erkennbar.

Die Kehrseite einer globalisierten Welt

Seit 2015 zählt Bangladesch offiziell zu den Ländern mit mittlerem Einkommen. Damit hat das relativ junge Land eine wirtschaftliche Entwicklung vollzogen, von der viele LDCs (Least Developed Countries) noch weit entfernt sind. Auch bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) gilt Bangladesch als Erfolgsgeschichte. Zu diesen Entwicklungen hat die exportorientierte RMG-Industrie (Ready Made Garment) entscheidend beigetragen. Mit einem Exportvolumen von mehr als 24 Milliarden US-Dollar ist die Textilindustrie mit Abstand der wichtigste Wirtschaftszweig. Bis 2021 soll diese Summe verdoppelt werden. Gut 60 Prozent der Textilexporte gehen in die EU. Nach China ist Bangladesch damit der zweitgrößte Textilproduzent der Welt.

Hinter diesen Zahlen stehen rund vier Millionen Fabrikarbeiterinnen

und Fabrikarbeiter. Die meisten von ihnen sind Frauen. Ihre schlechten Arbeitsbedingungen und Lebenssituationen hat spätestens Rana Plaza sichtbar gemacht: niedrige Löhne, ein gefährliches Arbeitsumfeld, keine Umwelt- und Sozialstandards, Repressionen gegenüber Gewerkschaften und kein funktionierender sozialer Dialog.

All dies sind keine ausschließlich spezifisch bangladeschischen Probleme. Vielmehr verdeutlicht die Katastrophe um Rana Plaza die Kehrseite einer globalisierten Welt, in der Unternehmen ihre Produktionsstätten in die Länder verlegen, die die niedrigsten Lohnstückkosten versprechen und damit Sozialstandards unterlaufen. Damit steht Rana Plaza auch für das Machtgefälle zwischen dem Westen und dem globalen Süden und für den Preis, den Länder wie Bangladesch im internationalen Wettbewerb um billige Produktionsbedingungen zahlen.

Teilerfolge erkennbar

Die Tragödie von Rana Plaza blieb nicht ohne Konsequenzen. Die USA regierten mit Handelssanktionen, die Europäische Kommission drohte damit. In Bangladesch wurde das Arbeitsgesetz reformiert, der Mindestlohn auf umgerechnet circa 60 Euro (5 300 Taka) pro Monat erhöht und Entschädigungszahlungen für Verletzte und Hinterbliebene in einem langen Kampf angestoßen. Die Regierung versprach zudem, die stark eingeschränkten Betätigungsmöglichkeiten von Gewerkschaften zu erleichtern. Zudem schlossen internationale Gewerkschaften und Textilunternehmen mit dem „ACCORD on Fire and Building Safety“ ein in dieser Form einmaliges internationales Abkommen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Bangladeschs Bekleidungsindustrie ab. Ferner wurden zwei weitere parallel laufende Inspektionsinitiativen abgeschlossen: die Alliance for Bangladesh Worker Safety und der National Tripartite Action Plan. Der Haken daran: Beide sind rechtlich nicht bindend.

Rana Plaza hat neben dem Blick auf Gebäude- und Brandschutz auch aufgezeigt, wie entscheidend freie und demokratische Gewerkschaften sind.

Im Jahr 2018 werden diese Initiativen auslaufen. Alle Ziele im Bereich Brandschutz und Gebäudesicherheit werden bis dahin höchstwahrscheinlich nicht erreicht werden. Bisher konnte die Mehrheit der für den Export produzierenden Textilfabriken von nationalen und internationalen Inspektionsteams auf Brandschutz und Gebäudesicherheit überprüft werden. Die

Behebung von Sicherheitsmängeln läuft jedoch äußerst schleppend. Ein wichtiger Baustein, um die Sicherheitsmaßnahmen zu verstetigen, ist die Einrichtung von sogenannten Sicherheits- und Gesundheitsausschüssen. Diese befinden sich derzeit im Aufbau. Sie erfordern Akzeptanz seitens des Fabrikmanagements, benötigen aber auch den entsprechenden Rückhalt aus der Regierung. Die Schaffung dieser Ausschüsse wird mitentscheidend für die Zeit nach dem ACCORD sein. Denn es deutet sich bereits jetzt an, dass viele Unternehmen nicht noch einmal die gleiche Bereitschaft zeigen werden, ein solches Abkommen zu unterzeichnen. Dennoch gilt der ACCORD als Meilenstein; nicht nur weil er unterschiedliche Akteure mit rechtlich bindendem Charakter zusammengebracht hat, sondern auch weil der ACCORD eine völlig neue Transparenz bei den Zuständen in Bangladeschs Fabriken geschaffen hat.

Rana Plaza hat neben dem Blick auf Gebäude- und Brandschutz auch aufgezeigt, wie entscheidend freie und demokratische Gewerkschaften sind. Keine der Textilarbeiterinnen von Rana Plaza war gewerkschaftlich organisiert und konnte sich gemeinschaftlich gegen das Betreten des einsturzgefährdeten Gebäudes wehren. Nach wie vor sind weniger als fünf Prozent aller Arbeiterinnen und Arbeiter in Bangladeschs Bekleidungsindustrie Gewerkschaftsmitglied. Nach Rana Plaza wurden circa 300 Betriebsgewerkschaften neu registriert. Jedoch zeigt sich gegenwärtig, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht nur mit zahlreichen bürokratischen Hürden konfrontiert sind, sondern auch, dass Registrierungen zunehmend nicht genehmigt werden. Dies ist auch der Fall, obwohl Auflagen, wie etwa die Organisierung von 30 Prozent der Belegschaft, formal erfüllt scheinen. Zudem sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter weiterhin Drohungen und Gewalt ausgesetzt.

Blick nach vorn

Drei Jahre nach Rana Plaza gilt es nun, die ambitionierten Ziele weiter voranzutreiben und Errungenschaften zu verstetigen.

Bangladesch hat mit der erfolgreichen Umsetzung der MDGs bewiesen, welche Entwicklungen in kurzer Zeit möglich sind. Es wird sich zeigen, ob und wie diese Erfolgsgeschichte nun auch für die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) weitergeschrieben wird und ob es gelingt, wirtschaftliche Entwicklung mit höheren Sozialstandards zu vereinen. Die Regierung wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Der Aufbau von funktionierenden Strukturen und Dialogplattformen für Sozialpartnerschaften sind für die Stärkung der nach wie vor schwachen und fragmentierten Gewerkschaften unerlässlich. Gewerkschaften müssen dafür als maßgebliche Akteure einer funktionierenden Zivilgesellschaft angesehen werden und entsprechende Freiräume erhalten.

Der Blick darf sich jedoch nicht nur auf Bangladesch richten. Globale Machtstrukturen, Abhängigkeiten und Verantwortlichkeiten entlang der Wertschöpfungsketten sind gleichermaßen entscheidend. Auch nach der Lohnerhöhung 2013, die sich aufgrund der Inflation wiederum stark relativiert, hat Bangladesch immer noch den geringsten Mindestlohn im RMG-Sektor in Asien. Betrachtet man etwa die Gesamtkosten für ein T-Shirt, liegt der Lohnanteil für Fabrikarbeiterinnen nach wie vor im unteren einstelligen Prozentbereich.

Multinationale Konzerne und Modemarken müssen ihre Macht nutzen und sich nicht nur für Sicherheitsstandards, sondern auch für faire, existenzsichernde Löhne, Vereinigungsfreiheit und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen.

Multinationale Konzerne und Modemarken müssen ihre Macht nutzen und sich nicht nur für Sicherheitsstandards, sondern auch für faire, existenzsichernde Löhne, Vereinigungsfreiheit und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Dazu muss die globale Debatte über faire Entlohnung anhalten und noch mehr Transparenz in die globalen Wertschöpfungsketten gebracht werden. In diesem Prozess können Handelsabkommen als wichtiges Instrument zur Förderung der Vereinigungsfreiheit und zur Einhaltung von Kernarbeitsnormen dienen und zukünftig stärker genutzt werden.

Rana Plaza hat es geschafft, das Thema Sicherheit in der Textilindustrie zum globalen Thema zu machen. Zukünftig wird es wichtig sein, diese

Debatte auch für andere Sektoren im Land zu führen. Gleichzeitig muss überprüft werden, wie von den ins Leben gerufenen Initiativen und ihren Governance-Strukturen in anderen Ländern gelernt werden kann. Und auch wenn derzeit viele neue Initiativen entstehen, wird es wichtig sein, dass die bereits beschlossenen Ziele nachgehalten und vor allem umgesetzt werden.



Franziska Korn
Berlin

Franziska Korn ist Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Zuvor leitete sie das Büro der FES in Bangladesch.

1 LESERBRIEFE

Heinz Schneider schrieb am 02.05.2016

Ich fürchte, dass die multinationalen Konzerne auch weiterhin ihre Macht zur Aufrechterhaltung eines ökonomischen Betriebssystems einsetzen werden, das auf andauernder relativer Lohnsenkung beruht. Die Folgen der dadurch verursachten sozialen Spaltung können wir Europa wirksam abfedern, indem wir die Betroffenen billigst modisch einkleiden. Damit das so bleibt, sind wir

entschlossen, unsere Aussengrenzen wirksam vor den
Näherinnen zu schützen.
